Sportscheck ist zahlungsunfähig, Millioneneinsparungen und Stellenabbau bei MDR, Personalnot in der Behindertenhilfe

## Sportscheck ist zahlungsunfähig

Der Sportartikelhersteller Sportscheck, der zur Signa-Holding gehört, stellt einen Insolvenzantrag. Das Unternehmen mit bundesweit rund 34 Filialen und rund 350 Millionen Euro Jahresumsatz teilte am Donnerstag mit, nach Signa-Holding Insolvenzantrag der sei Sportscheck zahlungsunfähig. Die Geschäftsleitung werde im Lauf des Tages (01.12.2023) beim Amtsgericht München ein Insolvenzverfahren beantragen. Alle Filialen, der Kundenservice und der Onlineshop arbeiten zunächst ganz normal weiter. Die Insolvenz von Sportscheck kommt nicht überraschend. Bennos Immobilienund Handelsimperium ist durch den Zinsanstieg und die Krise an den Immobilienmärkten in eine schwere Krise geraten. (Manager Magazin)

## Millioneneinsparungen und Stellenabbau bei MDR

Offenbar plant der Mitteldeutsche Rundfunk (MDR) ab 2025 einen Stellenabbau und Einsparungen in Millionenhöhe. Ein Sprecher des öffentlichen-rechtlichen ARD-Sender teilte laut der Nachrichtenagentur dpa mit, dass man nach gegenwärtigen Kenntnisstand unter den absehbaren Rahmenbedingungen ab 2025 Einsparungen in Höhe von mindestens 40 Millionen Euro pro Jahr erwarte. Vom Sender hieß es weiter zum Thema Auswirkungen auf das Personal, dass man versuche, sozialverträglich vorzugehen.

Derzeit wird die Höhe des Rundfunkbeitrags für die Beitragsperiode ab 2025 noch von einer unabhängigen Finanzkommission berechnet. Nach einem vorläufigen Entwurf der Kommission soll der Beitrag von monatlich 18,36 Euro auf 18,94 Euro steigen. Mehr dazu hier. (Spiegel Online)

## Personalnot in der Behindertenhilfe

Wegen Personalnot in der Behindertenhilfe schlägt die Diakonie Deutschland Alarm: Anfragen von Menschen mit Behinderungen oder psychischen Erkrankungen nach Betreuungsplätzen müssten vielfach wegen fehlender Fachkräfte abgelehnt werden. Das geht aus einer Erhebung der Diakonie hervor, die der Deutschen-Presse-Agentur in Berlin vorliegt. Der Fachkräftemangel führe dazu, dass die dringend notwendige Unterstützung für Menschen mit Behinderungen nicht ausreichend gesichert sei. Aktuell bleiben 60 Prozent der offenen Fachkräfte-Stellen länger als sechs Monate unbesetzt. Die Diakonie rief die Bundesregierung dazu auf, einen Runden Tisch gegen den Fachkräftemangel in dem Bereich zu initiieren. (Der Tagesspiegel)